

Moritz Fischer

Sammlungsversuch der Neuen Rechten: Die „Erklärung des Deutschlandrats“ vom Dezember 1983

<https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2969>

In: Die radikale Rechte in Deutschland, 1945–2000. Eine kommentierte Online-
Quellensammlung, 28.11.2025, <https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2969>

Archiv-Version des ursprünglich auf dem Portal **Die radikale Rechte in Deutschland, 1945–2000. Eine kommentierte Online-Quellensammlung** am 28.11.2025 erschienenen
Quellen-Kommentars <https://radikale-rechte.de/comment/008-fischer-deutschlandrat> (letzter
Zugriff: 12.12.2025)

Sammlungsversuch der Neuen Rechten: Die „Erklärung des Deutschlandrats“ vom Dezember 1983

von
Moritz Fischer

Biografische Wege zur Gründung des Deutschlandrats

Die Gründung des [Deutschlandrats](#) ging auf die Initiative von [Armin Mohler](#), [Hellmut Diwald](#) und [Franz Schönhuber](#) zurück. [Armin Mohler](#) übte als Publizist bereits seit den 1950er-Jahren bedeutenden Einfluss auf den bundesdeutschen Konservatismus aus, den er an die antidemokratischen ideologischen Altbestände der Weimarer Rechten andocken wollte. [Mohler](#) brachte diese neu-rechten Strömungen bewusst gegen den Ende der 1960er-Jahre dominanter werdenden Liberal-konservatismus der Bundesrepublik in Stellung, den er als harmlosen „Gärtner-Konservatismus“ verspottete.^[1]

[Mohler](#) verfügte in den ersten beiden Jahrzehnten der Bonner Republik als Publizist und Journalist über gute Kontakte zur Politik, etwa zu Franz Josef Strauß. Mit der zunehmenden Liberalisierung der Bundesrepublik verlor er aber in Politik und Öffentlichkeit an Gehör, sodass seine Rufe nach einem genuin deutschen, antiliberalen Konservatismus zu verhallen drohten. Um diesem Schicksal zu entgehen, beteiligte er sich mit Verve an der 1970 von [Caspar von Schrenck-Notzing](#) ins Leben gerufenen Zeitschrift [Criticón](#), die sich zum wichtigsten Publikationsorgan der Neuen Rechten entwickeln sollte.

In [Criticón](#) publizierte im Jahr 1971 erstmals auch der Erlanger Historiker [Hellmut Diwald](#), der sich mit einer 1969 erschienenen Wallenstein-Biografie einen Namen gemacht hatte. Der aus dem Sudetenland stammende Professor näherte sich seit Anfang der 1970er-Jahre der Neuen Rechten an. 1978 löste sein zunehmend national-revisionistisches Geschichtsbild einen Skandal aus: In seiner im renommierten Propyläen-Verlag erschienenen *Geschichte der Deutschen* schrieb er, dass der Holocaust von den Siegermächten „durch bewusste Irreführungen, Täuschungen, Übertreibungen für den Zweck der totalen Disqualifikation“ des deutschen Volks benutzt worden sei.^[2] Das Ziel sei die Umerziehung der Deutschen gewesen, die nun die Geschichte zurückgewinnen und dadurch die Zerrissenheit der deutschen Nation überwinden sollten. Der Gegenwind ließ nicht lange auf sich warten, und so verlor [Diwald](#) seine akademische Reputation. Das hing auch mit der in Westdeutschland 1979 gesendeten US-Fernsehserie *Holocaust* zusammen, die eine breite gesellschaftliche Debatte über den Nationalsozialismus und dessen Verbrechen auslöste, gegen den die Rechten nun wiederum breit mobilisierte. [Diwald](#) stieg gerade dadurch zu *dem* Historiker der Neuen Rechten auf, stemmte er sich doch ganz im Sinne [Mohlers](#) gegen die aufkommende Vergangenheitsbewältigung. Den öffentlichen Diskurs konnten die Rechtsintellektuellen jedoch kaum beeinflussen.

1981 schöpften [Mohler](#) und [Diwald](#) wegen zweierlei Entwicklungen aber neue Hoffnung. Zum einen machten sich die Westdeutschen auf die Suche nach einer eigenen bundesrepublikanischen Identität, was ihm Rahmen eines neuen „Geschichtsbooms“ geschah.^[3] Die Neue Rechte hoffte, diesen Identitätsdiskurs unterlaufen und ihre eigenen nationalistischen und revisionistischen Vorstellungen popularisieren zu können. Sie hielt an ihrer auf Volk und Nation beruhenden Identitätskonstruktion fest, die nur jenseits des Provisoriums Bundesrepublik zu verwirklichen war, während die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, insbesondere der Mainstream des Konservatismus, eine bundesdeutsche Identität suchte.^[4]

Hoffnung gab ihnen zum anderen auch [Franz Schönhuber](#), seines Zeichens stellvertretender Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks (BR) und als Moderator der Sendung *Jetzt red i* das Fernsehgesicht Bayerns. Anfang der 1970er-Jahre noch der SPD nahestehend, hatte sich [Schönhuber](#) im Laufe des Jahrzehnts zum Konservativen gewandelt, der wie [Mohler](#) in kulturkritischer Manier immer öfter im Liberalismus den Grund für alle echten oder vermeintlichen Fehlentwicklungen der Bundesrepublik erblickte.

Um 1980 wurde durch anonyme Briefe publik, dass [Schönhuber](#) als junger Mann der Waffen-SS angehört hatte. Ein Aufschrei blieb aus, wollte doch kaum jemand dem 1923 geborenen Mann vorwerfen, sich 1942 freiwillig zur Waffen-SS gemeldet zu haben; zumal er ein einfacher Soldat geblieben und an keinen Kriegsverbrechen beteiligt gewesen war. Nur einen ließen die Briefe nicht mehr los: [Schönhuber](#) selbst. Er ergriff daher die Initiative und rechtfertigte sich in einem Rundschreiben an seine Kolleginnen und Kollegen, in dem er gegen die Vergangenheitsbewältigung zu Felde zog, sich demonstrativ zu seinen ehemaligen Kameraden bekannte und für ein neues Nationalbewusstsein warb, da Deutschland „der Welt nicht nur einen Hitler gegeben“ habe.^[5]

[Schönhuber](#) entwickelte daraufhin ein Sendungsbewusstsein und entschloss sich, ein Buch über seine Zeit bei der Waffen-SS zu schreiben, in dem er seine Sichtweise auf den Nationalsozialismus und über dessen Nachwehen in der Bundesrepublik darlegte. Das im Oktober 1981 vorgestellte Buch *Ich war dabei* entwickelte sich mit etwa 220.000 verkauften Exemplaren zum Bestseller. Darin verharmloste [Schönhuber](#) die Waffen-SS und den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg, relativierte die deutsche Schuld und warb damit indirekt für ein von der Vergangenheit befreites, neues Nationalbewusstsein. Völkische Nationalisten und die Neue Rechte bejubelten das Buch ebenso wie zahlreiche Lokal- und Regionalzeitungen Bayerns, während es linksliberale Medien wie die *Süddeutsche Zeitung*, die *Zeit* und den *Spiegel* fassungslos machte.

Der Autor und sein Buch beherrschten nicht nur im Freistaat die Schlagzeilen. Der BR trennte sich im April 1982 unter fadenscheinigen Gründen von [Schönhuber](#), weil der Skandal für den Sender zunehmend zur Belastung geworden war. Vor dem Landesarbeitsgericht schlossen beide Parteien 1983 einen für [Schönhuber](#) äußerst bequemen Vergleich, nachdem die Kündigung in der Vorinstanz für unrechtmäßig erklärt worden war. Damit hängte [Schönhuber](#) zugleich seinen Beruf als Journalist an den Nagel und klagte verbittert die CSU und deren Vorsitzenden Strauß an, den er als eigentlichen Treiber hinter seiner Entlassung vermutete.

Seine neue Berufung sah [Schönhuber](#) in der Politik, hatten ihn doch mehrere Personen und Organisationen rechts der CSU umworben. Zu ihnen gehörten [Armin Mohler](#) und [Hellmut Diwald](#). Mit

[Schönhuber](#) als Galionsfigur hofften die beiden Männer, Oberhand in der deutschen Identitätsdebatte gewinnen zu können. Umgekehrt diente [Schönhuber](#) sein Buch als Eintrittskarte in einen Kreis von Rechtsintellektuellen, mit dem er sich im Kampf gegen den Zeitgeist verbündete.^[6] Aus diesen anfangs eher losen Verbindungen entwickelte sich im Jahr 1983 der [Deutschlandrat](#).

Die Gründung des Deutschlandrats

Im Juli 1983 war es so weit: [Armin Mohler](#) initiierte ein erstes Treffen zur Vorbereitung des späteren [Deutschlandrats](#). Eingeladen dazu waren nach München [Hellmut Diwald](#), [Franz Schönhuber](#) und der Journalist [Wolfgang Venohr](#), der seit den 1950er-Jahren zu den bedeutendsten Vertretern des Nationalneutralismus gehörte. Sie diskutierten über mögliche Mitglieder, die politische Ausrichtung und mögliche Aktionsformen des angedachten Kreises. Man einigte sich darauf, eine Erklärung zu veröffentlichen, von der man sich ein breites öffentliches Echo erhoffte, um die Bundesrepublik im Sinne der Idee der „Metapolitik“ nachhaltig zu verändern.

Wenig später stießen die Politikwissenschaftler [Bernard Willms](#) und [Hans-Joachim Arndt](#) sowie der Soziologe [Robert Hepp](#) zu dem Kreis hinzu – allesamt Persönlichkeiten aus der ersten Reihe der deutschen Neuen Rechten. Sie übten alle mehr oder minder starke Kritik an einem ersten Entwurf [Mohlers](#) für eine Deklaration, woraufhin dieser den Zeitpunkt gekommen sah, ein Treffen im Dezember einzuberufen. Bis dahin prägten personelle Fluktuationen den künftigen Deutschlandrat: [Wolfgang Venohr](#) verließ die Gruppe, weil er [Mohlers](#) Plan ablehnte, sich mit der geplanten Erklärung hauptsächlich an Konservative oder Rechte zu wenden. Neu hinzu kamen hingegen der politisch gemäßigtere [Harald Rüddenklau](#), der lange der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Referent für Deutschlandpolitik zugearbeitet hatte, sowie der aus der DDR übersiedelte Rechtswissenschaftler [Wolfgang Seiffert](#).

Am 16. und 17. Dezember 1983 trafen sich somit [Arndt](#), [Diwald](#), [Hepp](#), [Mohler](#), [Rüddenklau](#), [Schönhuber](#), [Seiffert](#) und [Willms](#) in einem Hotel in Bad Homburg und diskutierten über die geplante Erklärung. Ergebnis war zweierlei: Zum einen einigte man sich auf den Namen [Deutschlandrat](#) – eine Idee, die ursprünglich von [Wolfgang Venohr](#) stammte. Dieser war seit den 1950er-Jahren eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des Nationalneutralismus gewesen, verließ die Gruppe aber wegen ihrer dezidiert „rechten“ politischen Ausrichtungen wieder. Zum anderen legten sich die Männer nach zähem Ringen auf einen gemeinsamen Text fest. Unterzeichnet war die kurze Erklärung von allen bis auf [Rüddenklau](#), dem die Zeilen wohl zu wenig neutralistisch und sicherheitspolitisch durchdacht waren.

Inhaltlich ging die Verlautbarung zwar in den ersten Zeilen auf die innen- wie außenpolitisch brisante Situation zu Zeiten des NATO-Doppelbeschlusses ein – die Warnung vor „atomarer Vernichtung“ diente aber in erster Linie dem Zweck, zu zeigen, dass Deutschland fast vierzig Jahre nach Kriegsende nach wie vor fremdbestimmt und damit nicht souverän sei. Als Voraussetzung, um aus dieser Situation auszubrechen, sich als eigenständige Kraft zwischen Ost und West zu profilieren und damit die Teilung Deutschlands zu überwinden, sahen die Männer die Stärkung des Nationalbewusstseins der Deutschen an. Nur ein neuer Nationalismus führe zur „Wiederherstellung Deutschlands“ samt Restitution der alten Grenzen. Diese Forderung war freilich nicht neu. Die

„Wiedervereinigung und Wiedererlangung der vollen Souveränität Deutschlands“ war vielmehr seit 1945 der ideologische Fixpunkt des „radikalen Nationalismus“ deutscher Couleur.^[7]

Geschichte wurde nun zum Argument: Nur ein radikales Verdrängen, eine „Entsorgung“^[8] der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945, konnte dem [Deutschlandrat](#) zufolge nämlich das deutsche Volk von seinen vermeintlichen Fesseln der Vergangenheit befreien, die Ära eines neuen Nationalismus eröffnen und damit den Willen zur Wiedervereinigung stärken.

Folgen: Resignation und die Hinwendung zur Parteipolitik

Veröffentlicht wurde die Erklärung in [Criticón](#), [Das Freie Forum](#) und [Nation Europa](#) – allesamt rechte bis rechtsextreme Zeitschriften.^[9] Größere Reaktionen und eine breite Rezeption blieben jedoch aus. [Bernard Willms](#) konstatierte infolgedessen Ende Januar 1984, dass der [Deutschlandrat](#) bis jetzt ein „Flopp“ sei.^[10] Die Idee eines eigentlich geplanten Sammelbands ließen die Mitglieder fallen. Der [Deutschlandrat](#) war, an seinen eigenen Zielen gemessen, gescheitert. Das lässt sich auf zwei Gründe zurückführen: Zum einen war die Gruppe ebenso uneinig wie unorganisiert. Eine gemeinsame Position vertraten nur [Mohler](#), [Diwald](#) und [Schönhuber](#), die den inneren Kreis des [Deutschlandrats](#) bildeten. Zum anderen hatten die Protagonisten mittlerweile stark an Bedeutung verloren und standen zu sehr im Gegensatz zur gewandelten und sich im Wandel befindenden politischen Kultur der Bundesrepublik, als dass sie große Teile des bundesdeutschen Konservatismus hätten beeinflussen können.^[11]

Resignation und Enttäuschung prägten folglich die Mitglieder des sich in Auflösung befindlichen [Deutschlandrats](#). [Mohler](#) und [Diwald](#) setzten nun Hoffnung in die am 26. November 1983 von [Franz Schönhuber](#) mitgegründeten [Republikaner](#). Eine wichtige Konsequenz des [Deutschlandrats](#) war somit die für die Neue Rechte untypische, aber bedeutsame Hinwendung zu Parteipolitik. Verantwortlich dafür dürften auch die Erfolge des [Front National](#) in Frankreich gewesen sein. [Schönhuber](#) machte gegenüber [Diwald](#) keinen Hehl daraus, dass er es nun vorziehe, „landauf, landab unsere Thesen in Wirtshäusern und auf der Straße zu verkünden“.^[12] [Schönhuber](#) sollte nun parteipolitisch das umsetzen, was der [Deutschlandrat](#) gefordert hatte. Das schlug sich etwa 1985 programmatisch im „[Siegburger Manifest](#)“ der Partei nieder, dessen Präambel zu großen Teilen auf der Erklärung des [Deutschlandrats](#) basierte. Auch personell blieben Verbindungen von ehemaligen Mitgliedern des [Deutschlandrats](#) zu den [Republikanern](#) bestehen. Letztendlich gelang es aber trotz einiger Erfolge auch der von [Schönhuber](#) angeführten Partei nicht, das geistige Klima in der Bundesrepublik nachhaltig im Sinne des [Deutschlandrats](#) zu verändern.

^[1] Armin Mohler, Konservativ 1962, in: Der Monat 14 (1962), H. 163, S. 23–29, hier S. 24.

^[2] Hellmut Diwald, Geschichte der Deutschen, Frankfurt a.M./Berlin/Wien: Propyläen, 1978, S. 164.

[3] Edgar Wolfrum, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2001, S. 123.

[4] Siehe dazu: Moritz Fischer, *Die Neue Rechte im letzten Jahrzehnt der Bonner Republik*. Armin Mohler, Franz Schönhuber, Hellmut Diwald und die Gründung des „Deutschlandrats“ 1983, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 71 (2023), H. 1, S. 111–153, hier S. 120.

[5] Schreiben Franz Schönhuber an die Kolleginnen und Kollegen beim BR, 25.1.1980, Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA), NL Schönhuber 41.

[6] Vgl. Fischer, *Neue Rechte*, S. 133.

[7] Gideon Botsch, *Warten auf den Tag X. Radikaler Nationalismus und extreme Rechte 1949–1989*, in: Elke Seefried (Hg.), *Politische Zukünfte im 20. Jahrhundert. Parteien, Bewegungen, Umbrüche*, Frankfurt a.M./New York: Campus, 2022, S. 197–217, hier S. 197.

[8] Franz Schönhuber, *Trotz allem Deutschland*, 2. Aufl., München/Wien: Langen Müller, 1987, S. 58.

[9] Erklärung des Deutschlandrats vom Dezember 1983, in: *Das Freie Forum. Mitteilungsblatt der Gesellschaft für freie Publizistik e.V.* 24 (1984), H. 1, S. 1; dass., in: *Nation und Europa* 34 (1984), S. 81, sowie in: *Criticón* 81/1984, S. 48.

[10] Schreiben Bernard Willms an Hans-Joachim Arndt, Hellmut Diwald, Robert Hepp, Armin Mohler, Franz Schönhuber und Wolfgang Seiffert, 25.1.1984, BayHStA, NL Schönhuber 281.

[11] Vgl. hierzu bereits ausführlicher: Fischer, *Neue Rechte*, S. 148–150.

[12] Schreiben Franz Schönhuber an Hellmut Diwald, 7.2.1984, Deutsches Literaturarchiv (DLA) Marbach, NL Mohler, *Deutschlandrat 1983–1984*.

Quelle:

Erklärung des Deutschlandrats

vom Dezember 1983

Die innen- und außenpolitischen Vorgänge des Jahres 1983 haben gezeigt, daß Deutschland im Falle eines Krieges zwischen Ost und West atomarer Vernichtung preisgegeben wäre.

Dies ist die Lage: Deutschlands Vergangenheit heißt Niederlage und Schuld, seine Gegenwart ist Teilung und Fremdbestimmung, seine Zukunft erscheint hoffnungslos.

Aber wir Deutsche haben Zukunft, wenn wir uns wieder auf die Grundsätze nationaler Politik besinnen:

Frei ist nur, wer über sich selbst bestimmen kann. Dies gilt auch im Leben der Völker. Nur wer souverän ist, kann ein verlässlicher Bündnis- und Vertragspartner sein. Jeder Staat muß über die Waffen auf seinem Boden verfügen können.

Wir können weder außenpolitisch noch innenpolitisch dauernd in einem Ausnahmezustand leben. Wir wollen wieder eine normale Nation sein. Dazu gehört auch die Entkriminalisierung unserer Geschichte als Voraussetzung für ein selbstverständliches Nationalbewußtsein.

Nur dieser Weg führt zur Wiederherstellung Deutschlands.

Der Deutschlandrat

Professor Dr. Hans-Joachim Arndt (Heidelberg) – Professor Dr. Hellmut Diwald (Erlangen) – Professor Dr. Robert Hepp (Osnabrück) – Dr. Armin Mohler (München) – Franz Schönhuber (München) – Professor Dr. Wolfgang Seiffert (Kiel) – Professor Dr. Bernard Willms (Bochum)

Erklärung des Deutschlandrats vom Dezember 1983, in: Das Freie Forum. Mitteilungsblatt der Gesellschaft für freie Publizistik e.V. 24 (1984), H. 1, S. 1.